

Ein Jahr nach den Morden in Hanau und das Engagement gegen Rechtsextremismus

Ein Diskussionspapier im Auftrag der Anny-Klawka-Morf-Stiftung

Autor: Malte Hiekel



Fährt man von Frankfurt am Main ein kleines Stück flussaufwärts, gelangt man schon bald nach Hanau. Hanau, das ist im Jahr 2021 nicht mehr nur der Name einer Stadt in Hessen, sondern auch Sinnbild für Trauer, Wut und Ohnmacht. Genau hier in Hanau wurden ein Jahr zuvor, am 19. Februar 2020, neun Menschen hingerichtet.

Wieder einmal wurden den Opfern ihr Migrationshintergrund, ihre Namen oder ihr Aussehen zum Verhängnis. Wieder einmal war der Täter ein den Behörden bekannter Rechtsextremist und wieder einmal war der Täter legal im Besitz von Schusswaffen.¹ Ein Jahr später strahlt das Gedenken an die rechtsextremen Morde weit über die deutschen Grenzen und auch in die Schweiz hinaus. Am Gedenktag selbst wurden wieder einmal die gleichen Fragen gestellt. Wie konnte so etwas passieren? Wer ist verantwortlich für das, was passiert ist? Was bleibt von Hanau? Wie kann so etwas zukünftig verhindert werden?

Was bei all dem gebetsmühlenartigen Wiederholen davon, dass wir die Opfer und Hinterbliebenen von Hanau nicht vergessen dürfen, nicht untergehen darf: Rechtsextremismus und Rassismus töten nicht erst seit Hanau. Rassistisch motivierte Gewalt und Morde haben System und Tradition. Laut Amadeu-Antonio-Stiftung sind es allein in Deutschland nach der Wiedervereinigung 213 Todesopfer, die der Rechtsextremismus eingefordert hat. Tendenz seit einigen Jahren steigend.²

Hanau zeigt uns, dass wir unvorbereitet sind, dass wir zu wenig tun. Es heisst, dass sowohl ein etabliertes gesellschaftliches als auch institutionalisiertes Klima solche Taten begünstigen. Wenn dem so ist, was sind dann Strategien dagegen anzugehen und zukünftig rechtsextreme Gewalt zu verhindern oder zumindest einzudämmen? So mannigfaltig wie der moderne Rechtsextremismus in Erscheinung tritt, so unterschiedlich müssen auch die Aktionsformen gegen ihn sein. Das Engagement gegen rechten Extremismus sollte getragen werden von einem harmonischen Dreiklang aus Staat, progressiver politischer Bildung und einer breit aufgestellten Koalition zivilgesellschaftlicher Akteur:innen.

Wer sich heutzutage allein auf staatliche Kontrolle des gewaltbereiten Rechtsextremismus verlässt, läuft grosse Gefahr, enttäuscht zu werden. Hanau lässt Zweifel aufkommen am staatlichen Willen, dem Rechtsextremismus die Stirn zu bieten und sein Gewaltmonopol durchzusetzen. Zahlreiche Berichte über staatliche Institutionen, die sich von Rechtsextremen vorführen lassen und offen ausgelebter Rassismus in den eigenen Reihen, lassen diese Zweifel noch grösser werden. Dabei könnte politische Bildung im Sinne von Aufklärung und Sen-

Malte Hiekel hat sein Masterstudium in Politikwissenschaft an der Universität Zürich abgeschlossen und ist Mitgründer des Vereins «Scusini die Störung». Der Verein beteiligt sich am Kampf gegen Rassismus und anderer Ungerechtigkeiten. (maltehiekel@gmail.com)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Anny-Klawa-Morf-Stiftung.

¹ Fittkau, «Ein Jahr nach dem rassistischen Anschlag von Hanau - Trauer und Wut über mangelnde Aufarbeitung».

² CURA, «213 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990».

sibilisierung innerhalb staatlicher Institutionen ein nützliches Werkzeug sein, dem entgegenzusteuern.³

Aufgabe Nummer eins der Staaten sollte also sein, das Offensichtliche anzuerkennen: der Rechtsextremismus ist staatszersetzend und stellt alle Werte, auf denen wir moderne, europäische Demokratien gegründet haben, in Frage. Schaffen Staaten diese Abgrenzung nicht, wird es nicht das letzte Hanau gewesen sein.⁴

Im Falle der Schweiz ist das Bild etwas komplizierter, beginnend damit, dass es wohl nicht so recht zum Schweizer Selbstbild passen will, dass Rechtsextremismus hiesig verbreitet ist. Das Problem wird gerne nach Deutschland oder in die USA ausgelagert.⁵ Laut Schätzungen des Schweizer Nachrichtendienstes sind aktuell ca. 300–400 Schweizer:innen dem rechtsextremen Spektrum zugehörig, 100 davon potentiell gewaltbereit.⁶ Diese versammeln sich, wie ihre internationalen Kamerad:innen, unter eindeutigen Bannern wie bspw. der *Eisenjugend*.⁷ Da sollten auch die eidgenössischen Alarmglocken läuten.

Hinzu kommt, dass dem Rechtsextremismus durch seine Ideologie immer etwas Antiquiertes anheftet. Aktuelle Recherchen ergeben jedoch ein anderes Bild, das den Rechtsextremismus zunehmend als moderne Erscheinung, transnational und digital vernetzt, entlarvt.⁸ Rechte Influencer:innen auf Instagram sind mittlerweile keine Seltenheit und rekrutiert wird heutzutage online. Über soziale Medien verbreitete Ideologie macht an Ländergrenzen nicht halt.^{9,10,11} Vorbei sind die Baseballschlägerjahre, in der Rechtsextreme zumeist lose zusammengewürfelte, alkoholisierte und gewaltbereite Gruppen in Bomberjacken und Springerstiefeln waren, die sogenannte national befreite Zonen errichten wollen.¹² Die internationale und digitale Vernetzung von Rechtsextremen sollte der Schweizer Staat daher ernstnehmen, will er nicht zu einem sicheren Hort für diese Gruppierungen werden. Die neue internationale Rechte strebt grössere Ziele an, wie bspw. ein sog. *weisses Europa*, herbeigeführt durch einen sog. *Rassenkrieg*,

von dem auch die Schweiz nicht ausgenommen wäre. Reale Umsetzungen dieser Ideologie finden wir bspw. schon in LGBTQ+-freien Zonen in Polen.¹³

Der Schweiz fehlt, glücklicherweise, eine eigene faschistische Geschichte, wodurch sie sich hinterher nie als eine wehrhafte Demokratie verstehen musste. Das macht sie andererseits attraktiv als potentielle Niederlassung für Rechtsextreme. Die Grenzen für ein Verbot solcher Organisationen sind in der Schweiz hoch angelegt. Als Folge dessen gelten die in Deutschland bereits verbotenen, rechtsextremen Gruppierungen *Combat 18* und *Blood & Honour* in der Schweiz ansässig und gut vernetzt mit ihren Sinneskameraden in Deutschland.^{14,15} Der Staat steht hier in der Verantwortung, engagiert gegen diese Vernetzung und Bewaffnung rechtsextremer Gruppierungen wie der *Eisenjugend* vorzugehen.

Eine politische Bildung, die nahebringt, warum das Leben in demokratischen Systemen wertvoll ist und warum sie nur durch geübte Toleranz und Pluralismus zum Überleben fähig ist, ist eine zweite, wichtige Säule im Engagement gegen Rechtsextremismus. Die politische Bildungslandschaft der Schweiz ist bereits sehr divers ausgeprägt, allerdings könnte sie geschlossener auftreten. Hinzu kommt, dass Schweizer:innen durch direkt demokratische Prozesse regelmässig über gesellschaftlich streitbare Themen abstimmen können. Politische Bildung in Form von Initiativunterlagen landet dazu direkt im Briefkasten.¹⁶ Die einzelnen, oft auch ins Extreme abdriftende, Initiativen sind jedoch mitunter selbst Ausläufer eines vorher angesprochenen institutionalisierten und polemisierenden Rassismus. Unter diesem Stern steht auch das kürzlich angenommene Verhüllungsverbot.¹⁷

Politische Bildung kann und sollte ergänzend dazu auch anders gelebt werden. Der demokratische Staat darf hier keineswegs den Joker verspielen, dem Rechtspopulismus und systemischen Rechtsextremismus ein eigenes, auf Toleranz und breite Bildung aufgebautes System politischer Bildung entgegenzusetzen. Inspiration für zentralisierte und staatlich institutiona-

³ Schicht, «Racial Profiling bei der Polizei in Deutschland. Bildungsbedarf?»

⁴ Wegner, «Rassismus und Polizei».

⁵ Skenderovic, «Die braune Gefahr - «Die Schweiz ist keine Insel»».

⁶ Pelda, «Verbotene Neonazi-Gruppe - Die verbotene Neonazi-Gruppe ist auch in der Schweiz aktiv».

⁷ Stutz, «Rechtsextremismus - Wie gefährlich ist die «Eisenjugend»?»

⁸ Manemann, Rechtsterroristische Online-Subkulturen Analysen und Handlungsempfehlungen.

⁹ Correctiv, «Kein Filter für Rechts».

¹⁰ Biermann u. a., «Faschismus».

¹¹ Skenderovic, «Die braune Gefahr - «Die Schweiz ist keine Insel»».

¹² Wolters u. a., «Rechte Gewalt».

¹³ Biermann u. a., «Faschismus».

¹⁴ Gensing, «Verbotene Neonazi-Gruppe - «Combat 18 versteht sich als Elite, die im Hintergrund agiert»».

¹⁵ Pelda, «Verbotene Neonazi-Gruppe - Die verbotene Neonazi-Gruppe ist auch in der Schweiz aktiv».

¹⁶ Huth, «Politische Bildung und direkte Demokratie».

¹⁷ Hehli, «Burka-Initiative».

lisierte politische Bildung findet die Schweiz in ihren Nachbarländern.¹⁸

Engagement gegen Rechtsextremismus heisst vor allem auch Prävention. An genau dieser Stelle kann sich das wehrhafte Potential politischer Bildung entfalten. Politische Bildung von staatlicher Seite, die bspw. im Schulunterricht ausgeführt wird, hat dabei einen grossen Vorteil: sie ist durch die allgemeine Schulpflicht in der Lage, nahezu alle Schüler:innen zu erreichen, unabhängig von deren soziokulturellen Hintergrund. Pädagogische Arbeit kann dazu beitragen, Jugendlichen eine gewisse moralische Urteilsfähigkeit, politische Mündigkeit sowie den kritischen Umgang mit öffentlichen Meinungen auf den Weg zu geben. Ein Abgleiten in rechtsextreme Strukturen kann dadurch möglicherweise verhindert werden.¹⁹

Auch hier gilt wieder: politische Bildung muss dabei so vielseitig auftreten wie der Rechtsextremismus selbst. Rechtsextreme Ideologie beschränkt sich nicht mehr nur auf Menschen anderer Hautfarbe, sondern ist queer- und islamfeindlich, antisemitisch und sexistisch.²⁰ Politische Bildung muss heutzutage ebenso all diese Themen ansprechen, um glaubhaft zu sein. Dazu muss sie progressiv und digital sein, um die Jugendlichen direkt anzusprechen. Wie bereits thematisiert sind rechte Influencer:innen auf dem Vormarsch. Moderne, politische Bildung kann die Jugend im Umgang mit sozialen Medien sensibilisieren. Dadurch hat sie das Potential, rechte Narrative von *Lügenpresse* und weiteren Verschwörungsmymen die Möglichkeit zur reflektierten Realitätsanalyse entgegenzusetzen.²¹

Politische Bildung, die über Stiftungen oder die Zivilgesellschaft organisiert wird, ist nicht minder wichtig. Die Basis an schulisch vermittelter, moralischer Urteilsfähigkeit kann hier durch gezieltere Themenbearbeitung unterstützt werden. Allerdings erreicht sie durch die Freiwilligkeit nur schwer die breite Masse²². Staatliche und privat organisierte politische Bildung können sich gegenseitig stützen und durch die Abdeckung unterschiedlicher Bedürfnisse und Zielgruppen beflügeln.

Politische Bildung hat mitunter einen schweren Stand in der Rechtsextremismusprävention. Sie unter-

liegt weiterhin konjunktureller Beliebtheit.²³ Sogenannte Bumerang-Effekte, in denen die pädagogischen Massnahmen genau den gegenteiligen Effekt haben und Jugendliche sich weiter von der demokratischen Gesellschaft entfernen, verstärken diesen Effekt.²⁴ Die Effektivität von Prävention ist dazu schwer messbar. Die politische Bildung steht demnach konstant vor der Mammutaufgabe, sich als effektive Präventionsmassnahme gegen Rechtsextremismus beweisen zu müssen. Politisch gebildete und mündige Bürger:innen bilden jedoch einen wichtigen Schutzschild für die tolerante, demokratische Gesellschaft.

Das letzte Jahr stand vor allen Dingen im Zeichen der Corona-Pandemie. Die Pandemie ist hier sicher als Katalysator zu betrachten, der viele Menschen ins zumindest verschwörungsideologische Milieu und somit rechter Ideologie nahestehend, hat ziehen lassen. 2020 war allerdings auch das Jahr von George Floyd und der *Black Lives Matter* Bewegung. Dem transnationalen Netzwerk von Rechtsextremen steht, und das darf nicht vergessen werden, ein sichtbarer, energetischer Block von zivilen Antirassist:innen entgegen.²⁵ Zivilgesellschaftliche Bewegungen wie *Black Lives Matter* sind unersetzbar im Engagement gegen Rechtsextremismus.

Viel wichtiger ist jedoch die Wirkung, die zivilgesellschaftliches Engagement bei Betroffenen rechter Gewalt entfalten kann. Wenn sich Bürger:innen in Ehrenamt und Vereinsarbeit zusammenschliessen, geschlossen für Pluralismus und Antirassismus auftreten und somit demokratische Werte verteidigen, zeigt das Wirkung. Laut Bundesamt für Statistik sind in der Schweiz 42% der Bevölkerung in Freiwilligenarbeit, davon knapp die Hälfte in institutionalisierter Form, engagiert.²⁶ Viele der Freiwilligen sind auch in antifaschistischen und antirassistischen Initiativen engagiert. Betroffene von Rassismus und rechtsextremen Angriffen spüren das.²⁷ Zivilgesellschaftliche Akteur:innen können hier mit enormer Wirkung etwas herstellen, das die politikwissenschaftliche Literatur *social cohesion* nennt. Solidarität als Kitt, der das ganze, manchmal wackelige und zugleich schützenswerte Gefüge zu-

¹⁸ Zamora, Schafroth, und Röder, «Die Politische Bildung in der Schweiz».

¹⁹ Schubarth, «Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus | bpb».

²⁰ «Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe · Positionen · Praxisfelder - Hans-Gerd Jaschke - Google Books».

²¹ Correctiv, «Kein Filter für Rechts».

²² Zamora, Schafroth, und Röder, «Die Politische Bildung in der Schweiz».

²³ Schubarth, «Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus | bpb».

²⁴ Davolio u. a., «Rechtsextremismus bekämpfen Gemeinden».

²⁵ Maqbool, «Black Lives Matter».

²⁶ Bundesamt für Statistik, «Freiwilligenarbeit».

²⁷ Fittkau, «Ein Jahr nach dem rassistischen Anschlag von Hanau - Trauer und Wut über mangelnde Aufarbeitung».

sammenhält.^{28,29} Mehr noch, gelebte und laute Solidarität verhindert vielleicht in einigen Fällen, dass jemand ins rechtsextreme Milieu rutscht. Dabei unterliegt die europäische Zivilgesellschaft zukünftig einem Kreativdruck. Wenn der Rechtsextremismus digitale Fäden in sozialen Netzwerken spinnt und munter rekrutiert, brauchen wir ebenso vermehrt linke, demokratische Influencer:innen, die ihnen das ideologische Brackwasser wieder abgraben und demokratisch aufbereiten können.³⁰

Man muss nicht genau hingehört haben beim Gedenken an Hanau, um zu verstehen: Hanau ist überall. Vor allem passiert Hanau oder das, was dazu führt, für die Leidtragenden von institutionalisiertem Rassismus aber auch jederzeit. Sie müssen tagtäglich mit diesen Erfahrungen leben und lernen mit ihnen umzugehen. Vor und nach Hanau ist es Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft, sie dabei nicht alleine zu lassen.³¹ Schafft es der Staat, seine Bürger:innen vor Rechtsextremismus sowie rechtsextremen Terrorakten wie in Hanau zu bewahren, können politische Bildung und Zivilgesellschaft wieder proaktiv die Baustellen von systemischem Rassismus und Rechtsextremismus bespielen und die Gefahr erneuter rechtsextremer Gewalteskapaden zumindest eindämmen.³²

²⁸ Taylor-Gooby, «The Civil Society Route to Social Cohesion».

²⁹ Diedrich, «Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement in der Krise?»

³⁰ Liedtke und Marwecki, «Von Influencer*innen lernen - Rosa-Luxemburg-Stiftung».

³¹ Fittkau, «Ein Jahr nach dem rassistischen Anschlag von Hanau - Trauer und Wut über mangelnde Aufarbeitung».

³² Stephanowitz u. a., «Anschlag in Hanau».

Quellenverzeichnis

- Biermann, Kai, Christian Fuchs, Astrid Geisler, Yassin Musharbash, und Holger Stark. «Faschismus : Die braune Internationale». Die Zeit. 11. Februar 2021, Abschn. Gesellschaft. <https://www.zeit.de/2021/07/faschismus-international-awd-neonazi-terrorimus-rechtsextremismus>.
- Bundesamt für Statistik. «Freiwilligenarbeit». Zugegriffen 13. März 2021. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit/freiwilligenarbeit.html>.
- Correctiv. «Kein Filter für Rechts». *correctiv.org* (blog), 6. Oktober 2020. <https://correctiv.org/top-stories/2020/10/06/kein-filter-fuer-rechts-instagram-rechtsextremismus-frauen-der-rechten-szene/>.
- CURA, Opferfonds. «213 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990». *Amadeu Antonio Stiftung* (blog). Zugegriffen 10. März 2021. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/213-todesopfer-rechter-gewalt-seit-1990-64111/>.
- Davolio, Miryam, Matthias Drilling, Thomas Widmer, und Christian Hirschi. «Rechtsextremismus bekämpfen Gemeinden». Eidgenössisches Departement des Innern - Fachstelle für Rassismusbekämpfung, 2018.
- Diedrich, Maria. «Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement in der Krise?» Amadeu-Antonio-Stiftung, 2016.
- Fittkau, Ludgar. «Ein Jahr nach dem rassistischen Anschlag von Hanau - Trauer und Wut über mangelnde Aufarbeitung». Deutschlandfunk. Zugegriffen 10. März 2021. https://www.deutschlandfunk.de/ein-jahr-nach-dem-rassistischen-anschlag-von-hanau-trauer.724.de.html?dram:article_id=492640.
- Gensing, Patrick. «Verbotene Neonazi-Gruppe - «Combat 18 versteht sich als Elite, die im Hintergrund agiert»». Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), 23. Januar 2020. <https://www.srf.ch/news/international/verbotene-neonazi-gruppe-combat-18-versteht-sich-als-elite-die-im-hintergrund-agiert>.
- Hehli, Simon. «Burka-Initiative: Die Schweiz sagt knapp Ja». Neue Zürcher Zeitung. Zugegriffen 14. März 2021. <https://www.nzz.ch/schweiz/die-schweizerinnen-und-schweizer-sagen-laut-neusten-hochrechnungen-ja-zur-burka-initiative-ld.1605401>.
- Huth, Petra. «Politische Bildung und direkte Demokratie». In Abstimmungskampagnen: Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie, herausgegeben von Heike Scholten und Klaus Kamps, 77–92. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2014. https://doi.org/10.1007/978-3-531-93123-4_5.
- Jaschke, Gerd. «Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe · Positionen · Praxisfelder - Hans-Gerd Jaschke - Google Books». Zugegriffen 24. Februar 2020. <https://books.google.ch/>
- Liedtke, Marius, und Daniel Marwecki. «Von Influencer*innen lernen - Rosa-Luxemburg-Stiftung». Zugegriffen 13. März 2021. <https://www.rosalux.de/publikation/id/41321/von-influencerinnen-lernen?cHash=54bfd9648d028096670f4bf031d895b4>.
- Manemann, Thilo. *Rechtsterroristische Online-Subkulturen Analysen und Handlungsempfehlungen*. Amadeu-Antonio-Stiftung, 2021. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:101:1-2021021209392347671835>.

Maqbool, Aleem. «Black Lives Matter: From Social Media Post to Global Movement». *BBC News*, 9. Juli 2020, Abschn. US & Canada. <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-53273381>.

Pelda, Kurt. «Verbotene Neonazi-Gruppe – Die verbotene Neonazi-Gruppe ist auch in der Schweiz aktiv». *Der Bund*, 2020. <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/die-verbotene-neonazigruppe-ist-auch-in-der-schweiz-aktiv/story/13483896>.

Scheidegger, Carol. ««Schweigen hilft uns nicht»». Amnesty International Schweiz. Zugriffen 13. März 2021. <https://www.amnesty.ch/de/ueber-amnesty/publikationen/magazin-amnesty/2020-3/schweigen-hilft-uns-nicht>.

Schicht, Günter. «Racial Profiling bei der Polizei in Deutschland. Bildungsbedarf? Beratungsresistenz?» *ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik* 36, Nr. 2 (2013): 32–37.

Schubarth, Wilfried. «Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus | bpb». *bpb.de*. Zugriffen 23. März 2021. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41927/paedagogische-konzepte>.

Skenderovic, Damir. «Die braune Gefahr - «Die Schweiz ist keine Insel»». Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), 12. Mai 2019. <https://www.srf.ch/news/schweiz/die-braune-gefahr-die-schweiz-ist-keine-insel>.

Stephanowitz, Johann, Vera Sprothen, dpa, AFP, und KNA Katholische Nachrichten-Agentur KNA. «Anschlag in Hanau: «Für Betroffene ist Hanau immer (noch) und überall»». *Die Zeit*, 19. Februar 2021, Abschn. Gesellschaft. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-02/anschlag-hanau-jahrestag-transparenz-aufklaerung>.

Stutz, Hans. «Rechtsextremismus - Wie gefährlich ist die «Eisenjugend»?» Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), 21. Januar 2021. <https://www.srf.ch/news/schweiz/rechtsextremismus-wie-gefaehrlich-ist-die-eisenjugend>.

Taylor-Gooby, Peter. «The Civil Society Route to Social Cohesion». *International Journal of Sociology and Social Policy* 32, Nr. 7/8 (20. Juli 2012): 368–85. <https://doi.org/10.1108/01443331211249002>.

Wegner, Daniela Hunold, Maren. «Rassismus und Polizei: Zum Stand der Forschung | APuZ». *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2020. <https://www.bpb.de/apuz/antirassismus-2020/316766/rassismus-und-polizei-zum-stand-der-forschung>.

Wolters, Sven, Claudia Bracholdt, Christian Bangel, Dilan Gropengiesser, Lydia Meyer, Adama Ulrich, Ulrike Neubecker, u. a. «Rechte Gewalt: Die Baseballschlägerjahre». *Die Zeit*, 1. Dezember 2020, Abschn. Video. <https://www.zeit.de/video/2020-12/rechte-gewalt-ostdeutschland-neonazis-baseballschlaegerjahre>.

Zamora, Patrik, Carol Schafroth, und Claudia Röder. «Die Politische Bildung in der Schweiz». *Anny-Klawa-Morf-Stiftung*, o. J., 40.

Die Anny-Klawe-Morf-Stiftung setzt sich für eine progressive politische Bildung in der Schweiz ein. Sie ist eine der SP Schweiz nahe, aber unabhängige Stiftung, die den Dialog und das Verständnis für die Demokratie befördern will. Die Stiftung ist operativ tätig und Mitglied bei der Foundation for European Progressive Studies (FEPS).

**Anny-Klawe-Morf-Stiftung
Falkenplatz 11
Postfach
3001 Bern
info@anny-klawe-morf.ch
www.anny-klawe-morf.ch
T: 031 313 33 25**

IBAN: CH92 0900 0000 1527 0432 9